



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 13. Januar 1887.

Nr. 20.

Deutscher Reichstag.

19. Plenarsitzung vom 12. Januar.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär von Bötticher, Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, preussischer Staatsminister Dr. v. Gopler, gegen 1 1/2 Uhr Fürst v. Bismarck und zahlreiche Kommissarien.

Präsident v. Webell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus ehrt das Andenken des gestern verstorbenen Abgeordneten Dirichlet in der üblichen Weise.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Die Diskussionsfrist schließt sich auf die §§ 1 und 2, deren Wortlaut wir gestern mitgeteilt haben.

Heute ist noch ein Antrag des Abg. Graf Ballestrem eingegangen, wonach die 16 Bataillone, welche der Antrag Stauffenberg nur auf ein Jahr bewilligen will, auf drei Jahre bewilligt werden sollen.

Abg. v. Hellendorff-Bebra (deutschkonservativ), führt zunächst aus, daß die bisher seitens der Vertretung der verbündeten Regierungen gegebenen Aufklärungen vollständig genügend erschienen, denn es sei gänzlich unbillig, auf dem in Betracht kommenden Gebiete weitergehende Aufklärungen zu geben. Wenn man die

Verhältnisse der Dinge genau wägen, so wären ja bereit, der Regierung jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, und wenn der Herr Referent — genau genommen in Ueberschreitung seiner Pflicht als Berichterstatter der Kommission — sich zum Beweise dieser Behauptung auf die Auslassungen des Grafen v. Moltke bezogen, welcher anerkannt habe, daß alle Parteien in dem Bestreben stetig seien, die geforderte Erhöhung zu bewilligen, so müsse er doch darauf aufmerksam machen, daß der Graf v. Moltke es auch deutlich genug ausgesprochen, daß eine Bewilligung lediglich für eine kurze Frist der Militärerhaltung nichts helfen könne; es sei daher ein unfruchtbarer Versuch, aus jenem Anerkenntnis des Marschalls Kapital schlagen zu wollen. Wenn die Opposition in der That bereit sei, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, so wolle sie doch durch Herabsetzung der Dienstzeit die Qualität unseres Heeres vermindern. Notorisch sei es doch, daß wir unseren Gegnern an Zahl nicht gewachsen seien; daher müßten wir diesen Mangel durch überlegene Ausbildung der Truppen und durch bessere Disziplin ersetzen. Es sei eigentlich unerfindlich, warum man an dem bewährten Erziehungssystem, welches in der Armee die Disziplinur bilde, rütteln wolle; im Grunde sei wohl bei den Beschlüssen der Opposition das Hauptmotiv maßgebend, durch die Verkürzung der vorgeschlagenen Zeitfrist die Institution der Armee immer mehr von dem Belieben des Reichstages abhängig zu machen. Außerdem wolle sich nun die Opposition hinter die finanzielle Lage des Reiches verstecken, welche es dem Volke unmöglich mache, die erforderlichen Kosten für die verlangte Armeevermehrung aufzubringen; dem gegenüber müsse er jedoch erklären, daß, wenn es sich um die Erhöhung der Wehrkraft der Nation handle, wir eben nicht so arm sein dürften, daß wir uns veranlaßt sehen könnten, die erforderlichen Summen abzulehnen; wenn man sich in dieser Hinsicht eine Verfassung zu Schulden kommen lasse, so werde sich das schwer rächen. Man möge doch bedenken, um wie viel höher der Aufwand Frankreichs für das Heer sei und so arm könnten wir doch unmöglich sein, daß wir uns außer Stande fühlten, dasjenige zu leisten, was zur Sicherung des Reiches erforderlich sei, während wir Hunderte von Millionen jährlich für Bier, Wein, Branntwein und Tabak ausgaben. Redner behauptet sodann die verfassungsmäßige Seite der Verhandlung stehenden Angelegenheit in einer anderen Weise, da dieselbe seiner Meinung nach eher nur oberflächlich gestreift worden sei, um dem Resultat zu kommen, die Entschiedenheit der Verfassung von 1867 lehre, daß die Friedenspräsenz eigentlich dauernd 1 pCt. der Bevölkerung formirt werden könnte. Er sei mit dem Herrn Reichskanzler der Ansicht, daß unter

Umständen die Festsetzung der Friedenspräsenz bis zu 1 pCt. durch den Kaiser allein erfolgen könne, ohne daß der Reichstag das Recht habe, die nöthigen Mittel zu versagen. Die Regierung, welche sich bisher an Stelle einer dauernden Normirung mit dem Septennat begnügt habe, habe gehofft, daß der Reichstag dieses Entgegenkommen in entsprechender Weise würdigen würde. Statt dessen verhalte man aber gegenwärtig eine Bewilligung nur auf kurze Zeit durchzusetzen, und mit diesem Versuche strebe man im Grunde nach einer budgetmäßigen Bewilligung für die Erfordernisse der Armee. Dieses Bestreben sei indessen thatsächlich so gefährlich, daß schon allein aus diesem Grunde jede Vorlage mit der Forderung einer kurzen Frist unannehmbar erscheine müsse; daher werde seine Partei diesem Streben nach einem parlamentarischen Reglement auch auf diesem Gebiete energischen Widerstand entgegenzusetzen. (Bravo! rechts.) Es handle sich hier nicht lediglich um einen Streit um wenige Jahre, sondern um einen Kampf gegen die Grundlagen der Verfassung. Wenn der Abg. Windthorst gestern betonte habe, daß er sich die Freiheit wahren wolle, das Heer zurückzubilden und wenn er hervorgehoben habe, daß die Bewilligung für drei Jahre eigentlich nur einen Uebergang zu der normalen jährlichen Bewilligung bedeute, so habe er selbst zugegeben, daß er eine parlamentarische Armee wolle. Hinsichtlich der finanziellen Seite der Vorlage müsse er jedoch darauf hinweisen, daß es gerade Schuld der Opposition sei, wenn das Reich finanziell nicht klappt sei, denn die oppositionellen Mitglieder des Hauses hätten es stets verweigert, die Aufgabe zu erfüllen, die ihnen oft genug an's Herz gelegt worden sei, obgleich doch die finanzielle Fundirung des Reiches ebenso notwendig sei, wie die militärische; trotzdem hätten jene alle Vorschläge der Regierung abgelehnt und sich damit begnügt, sie im Interesse der Wahlen auszusparen. Man habe thatsächlich nichts gethan, um den Grundbesitz zu entlasten, ja man mache jetzt noch Vorschläge, die ihn noch mehr belasten würden, obgleich er doch jetzt schon die Hauptlast des Wehrstandes trage (Lebhafte Zustimmung rechts; Oho! links.) Man solle sich doch gegenwärtig halten, daß man im Auslande vor allen Dingen mit einer starken zielbewußten deutschen Regierung rechne, welche ihre Wege verfolge unbehindert von Volkseigenheiten und unberechenbarem Parlamentarismus. (Bravo! rechts.) Dieser Einwand aber, den unsere partei Regierung im Auslande mache, müsse notwendigerweise verworfen werden, wenn die Regierung in der Militärfrage vor den Herren Webell, Richter und Windthorst kapituliren wolle. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Hasenclever (Sozialdemokrat) bezieht in einer umfangreichen Polemik gegen den Herrn Reichskanzler, dem er hauptsächlich Tendenzen unterlegt, das Vorhandensein irgend einer Kriegsgefahr und zieht sich im Verlaufe seiner Ausführungen einen Ordnungsruf seitens des Herrn Präsidenten zu, als er erklärte, in keinem anderen konstitutionellen Lande würde ein Minister, welcher das Parlament verartig ausgegriffen, wie der Reichskanzler gestern dem Reichstage, auf seinem Posten bleiben können. Redner charakterisiert sodann die jüngsten Entrüstungs-Versammlungen von seinem Standpunkte aus und führt schließlich des Weiteren aus, daß seine Partei eine Auflösung des Reiches nicht werde zu fürchten haben.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Herr von Stauffenberg hat sich auf eine Aeußerung eines Vertreters der Kriegsverwaltung berufen, wonach die 16 Bataillone, die als vierte Bataillone formirt werden sollen, nur provisorische Einrichtungen seien, deren Rückbildung in Aussicht genommen worden sei. Die Kriegsverwaltung hat aber auch erklären lassen, daß eine Rückbildung frühestens nach Ablauf der 7 Jahre eintreten könne. Wir sind bei der Ausarbeitung der Vorlage von der Erkenntnis ausgegangen, daß unser Heer nicht mehr anrecht, um den fremden Armeen Stand zu halten. Die Zahlen bieten den besten Vergleichspunkt für die Stärke der Armeen. Friedlich der Größe hat die Stärke an Mannschaften als eine Hauptbedingung

für sein Heer erklärt. Wir sind ziffermäßig heruntergegangen in unserer Armeefranchise gegenüber. Die französische Präsenz entsprach 1 pCt. der deutschen Bevölkerung. Wir haben uns mit diesem 1 pCt. begnügt. Wir haben nach dieser Ziffer die Vertheilung vorgenommen. Da wir möglichst billig verfahren wollten, haben wir zu der Verstärkung der bestehenden Kadres gegriffen. Die fünfzehn vierter Bataillone sind zur Verstärkung des Grenzschatzes bestimmt. Wir sind bestrebt gewesen, die Vorlage auch auf finanziellem Gebiet in den engsten Grenzen zu halten. Darum kann man uns keinen Vorwurf machen. Es ist eine misverständliche Auffassung, daß eine thatsächliche Heranziehung der altsoldatischen Dienstzeit stattfindet, nur für die Uebergangszeit von zwei Jahren tritt eine solche Verlängerung der Dienstzeit ein, sonst ist sie nicht beabsichtigt. Auch die Verrückung der Rekrutenvalenz bei der Kavallerie soll nicht stattfinden wenn der Reichstag damit nicht einverstanden ist. Der Antrag Stauffenberg will die Rekrutenvalenz um zwei Monate verlängern. Ob das ein Moment ist, welches gegenüber dieser dringlichen Vorlage in die Debatte geworfen werden kann, ist doch sehr zweifelhaft. Herr Windthorst hat den Unterschied zwischen der Vorlage und dem, was bewilligt werden soll, als minimal bezeichnet; dann sollte er auf diesen Unterschied von seinem Standpunkte aus kein so großes Interesse legen. Wir betrachten den Unterschied mehr als minimal. Man bedauert die Unklarheit über die Deutung der neuen Bestimmungen. So kategorisch sind wir doch nicht, daß wir das nicht bezweifeln könnten. Wenn wir nicht mehr zahlungsfähig genug sind, dann müssen wir uns mit einer niedrigeren Stellung in der Welt begnügen und auf die deutsche Einheit verzichten; das wäre die Konsequenz. Ich glaube aber, das deutsche Reich wird mit Frankreich Schritt halten wollen. (Bravo! rechts.) Jeder Offizier von einiger Erfahrung wird erklären, daß eine Formation für ein Jahr ein Nonens ist. Was sollen eine Kompanie und ein Bataillon auf ein Jahr bedeuten? Welche Einrichtung soll der Hauptmann oder Bataillonskommandeur treffen, wenn die Formation nach einem Jahre wieder aufgelöst wird? Nun wird gesagt, eine solche Gefahr besteht nicht. Es wird erzählt, wenn alle Jahre die Feststellung erfolgen würde, so würden die Debatanten verschwinden. Die Vorschläge der Opposition, allein mir fehlt der Glaube. Die Anträge wollen die Dienstzeit um 2 Monate verkürzen. Darin liegt der Keim zu allerlei unangenehmen Streitigkeiten. Auf eine solche Verkürzung können wir nicht eingehen. Der Hinweis auf andere Länder ist nicht zutreffend. Mit Englands Parlament kann der Reichstag sich wohl nicht in Vergleich stellen. In Oesterreich besteht keine Friedenspräsenz, aber alle zehn Jahre wird die Kriegsstärke gesetzlich festgestellt, aus welcher sich dann kalkulatorisch die Friedenspräsenz ergibt. In Frankreich müssen wir einen Unterschied zwischen der Verpflegungstärke und der effektiven Stärke machen. Uebrigens bin ich noch nicht recht klar, wie der Kriegsminister in Frankreich seine Vorlage durchzuführen will ohne finanzielle Vertheilung. Damit nicht unsere Heeresverhältnisse allzu oft zur öffentlichen Untersuchung gezogen werden, darf die Feststellung der Präsenz nicht alljährlich erfolgen. Ebenso gut, wie man sagt, es werde nie ein Reichstag das Nothwendige verweigern, können wir sagen: Es werde nie eine Regierung geben, welche mehr als das Nothwendige verlangt. Sie sind im Unrecht, wenn Sie die Bewilligung auf 7 Jahre versagen. Sie können sich nur gegen eine Bewilligung auf längere Zeit als 7 Jahre aussprechen. Wir haben an dem Kompromiß festgehalten (Widerspruch links), halten Sie auch daran fest! (Beifall rechts.)

Abg. Graf Behr (Reichsp.) spricht für die Vorlage und legt insbesondere die Nothwendigkeit eines längeren Zeitraumes für die Bewilligung dar. Redner sucht aus den Kommissions-Verhandlungen darzulegen, daß sich Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten verbunden haben, die Vorlage zu bringen. Wie eine Partei, wie das Zentrum, die sich eine kirchliche Nähe, sich mit den Sozialdemokraten verbünden könne, sei ihm unbegreiflich. Die Herren Richter und Windthorst verdanken ihren Ruf nur dem

Umstande, daß sie Opposition gegen den Reichskanzler machten. Er hoffe, daß das Haus den Fehler der Kommission wieder gut machen und alles bewilligen werde, was die Regierung zur Sicherung des Reiches für nöthig erachte.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum): Es hätten Parteigenossen des Vorredners für Sozialdemokraten gegen Zentrumskandidaten gestimmt und bei der Schlussabstimmung würden ja die Sozialdemokraten mit der Mehrheit stimmen. Man habe also auf Seiten der Rechten gar keine Veranlassung, sich über ein zufälliges Zusammengehen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten zu ereifern. Gerade der Sozialdemokrat erweise man mit den fortgesetzten Forderungen für Militärzwecke die besten Dienste. Redner kommt dann auf die Aeußerungen des Reichskanzlers bezw. Wiederherstellung des Königreichs Hannover zurück. König Georg von Hannover habe wiederholt um Friedensunterhandlungen gebeten; er sei schändlich abgewiesen worden. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Es gäbe eben Regierungen, die ihren Gegner nicht nur zu Boden werfen, sondern auch stürzen wollten. Wenn man in einem Stadthause stehe, solle man nicht mit Steinen werfen. König Georg habe nichts anderes gethan, als ein gewisser Staatsmann, der zur Zeit des Bestandes des deutschen Bundes diesen zu sprengen suchte und die ungarischen Legionen gegen ihren Landesherren führte. Die Bezeichnung „Waise“ nehme er ruhig an, denn das sei ein Ehrentitel und das Waisenhaus sei eins der größten Herrscherhäuser. Der Kaiser habe die Karolinenfrage als eine „Lumperei“ bezeichnet; als man den Papst zum Schiedsrichter in dieser Frage machte, habe man die Sache ganz anders dargestellt. Die gestrige Rede des Reichskanzlers rechtfertige die Ablehnung der Vorlage am besten. Auf Grund der Autorität des Grafen Moltke und des Kriegeminister bewillige er jeden Mann und jeden Groschen, nicht auf die Rede des Reichskanzlers hin. Alle für das Regiment angeführten Gründe sprechen für das Aeternat; wenn man das Septennat lengehalte, könne man sich auch mit drei Jahren genügen lassen. Die Parole „Kaiserliche Parlaments-Armee“ werde keine Wirkung haben, denn es werde nicht daran gedacht, in die Prerogative der Krone einzugreifen. Für die Vertheilung treffe den Reichstag keine Schuld, warum habe man ihn nicht früher berufen? Redner schließt: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen und zwar auf drei Jahre. (Beifall links und im Zentrum, Bischoff rechts.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die jetzige Majorität ist gar keine Majorität mehr, wenn es sich darum handle, etwas Positives zu erstreben; sie ist nur einig in der Negation, in der haino commune. Und auf eine solche Majorität, die angeblich jeden Mann und jeden Groschen bewillige, will der Vorredner die Armeeverweisung. Ich halte an dem seitherzeit vereinbarten Kompromiß unbedingt fest. Keine Verfassung kann ohne Kompromiß bestehen; rütteln Sie an demselben, so rufen Sie Konflikte hervor. Eine Parlamentsarmee ist eine solche, deren Bestand von den Bewilligungen und Beschlüssen wechselnder Majoritäten abhängig ist. Wir wollen das Volk schützen, wir wollen ihm den Frieden sichern; der Volksschutz ist auf unserer Seite und das Volk hat sich getrennt, als es Sie hierher sandte. Wir wollen das Reich unabhängig vom Auslande und fest im Innern machen und finden anstatt Unterstützung elende Streitigkeiten. Was das Zusammengehen von Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinnigen anlangt, so ist es Thatache, daß die Führer des Zentrums und der Freisinnigen immer eine Politik treiben, die die Sozialdemokraten mit Vergnügen mitmachen könnten. In allen unerwarteten Fragen stimmten sie in einer Richtung überein, die für Deutschland nachtheilig sein würde, wenn sie eingeschlagen wäre. Die Karolinen halte ich auch heute noch für eine Lumperei, nicht aber unsere Beziehungen zu Spanien. Viel schärfer als die Anträge des Königs Georg von Seiten Frankreichs seien die preussischen Anträge beim König Georg 1866 abgewiesen worden. Ich kann Ihnen nur noch die Bitte unterbreiten, die Vorlage in zweiter Lesung mit dem Septennat anzunehmen. Was Herr Dr. Windthorst „jeden Mann und jeden Groschen“ nennt, kann uns

